



Die Bubenhauser brauchen jetzt klare Aussagen

VON JENS NOLL
redaktion@nuz.de

Die Bürgerversammlung in Bubenhausen war längst überfällig. Es brodelt schon lange in dem beschaulichen Weißenhorner Stadtteil. Die vielen Plakate entlang der Babenhauser Straße sind nicht zu übersehen: Die Hauseigentümer wehren sich gegen das kommunale Denkmalkonzept (KDK) und fordern, dass der Ensembleschutz endlich aufgehoben wird. Sie wollen alte Wohnhäuser und Ställe abreißen und durch Neubauten ersetzen. Doch das geht momentan nur, wenn das bayerische Landesamt für Denkmalschutz zustimmt. Diese hohe Hürde wäre für nachvollziehbar, wenn die historische Bedeutung einzelner Gebäude auch für Laien ersichtlich wäre oder ihnen verständlich erklärt werden würde. Doch in Bubenhausen ist das nicht der Fall.

In den Ausführungen in der bayerischen Denkmalliste heißt es: Die Straßenzeile der Babenhauser Straße dokumentiere mit ihrer Bebauung und im Grundriss die Anlage einer spätmittelalterlichen Siedlung, die auf die Initiative der Fugger zurückgehe. Die heutige Bebauung stamme vorwiegend aus dem 19. Jahrhundert. Das wirft die Frage auf: Wenn die Originalbauten gar nicht mehr da sind, warum müssen dann die jüngeren Gebäude geschützt werden? Es ist einer von mehreren Punkten, die Bürgerinnen und Bürger in Bubenhausen nicht nachvollziehen können.

Ein anderes Beispiel: Das bayerische Landesamt für Denkmalpflege kam zu dem Ergebnis, dass bis auf zwei Denkmäler im Grunde nichts mehr von einem schützenswerten Ensemble in Bubenhausen erhalten sei. Dennoch besteht der Ensembleschutz weiterhin und die Behörde hatte der Stadt Weißenhorn geraten, ein kommunales Denkmalkonzept auszuarbeiten, um sicherzustellen, dass das besondere Ortsbild erhalten bleibt.

Die Grundidee des KDK ist eigentlich gut, denn es soll den Eigentümerinnen und Eigentümern eine Hilfestellung geben. Doch es passiert nichts. Die Dorfbewohner bekommen keine Ergebnisse präsentiert, sie bekommen auch keine Aussage, wann das Konzept fertig sein wird. Im Januar 2020 hatte Bürgermeister Wolfgang Fendt in einer Sitzung des Stadtrats kritisch angemerkt, dass die Erstellung eines solchen Konzepts viel Zeit in Anspruch nehmen werde. Das hat sich leider bewahrheitet. So verwundert es nicht, dass die Skepsis im Ort überwiegt und das KDK abgelehnt wird. Jetzt sind einige Eigentümerinnen und Eigentümer mit der Geduld am Ende. Sie wollen, dass sich etwas tut. Sie wollen jetzt bauen, weil der neue Wohnraum akut benötigt wird. Wenn die Stadt-

Ein Dankeschön

zum Kommentar

von Jens Noll

für diese Kommentierung

ob es von Bürgermeister

und den Stadträten

und Denkmalamt

auch so erkannt wird

das muss sich

wohl noch erweisen

die Sympathien

sind bei dem Eigentümer

Michel Zeller

NuZ 16.8.29

Leserbriefe

» HIER SCHREIBEN SIE IHRE MEINUNG

Empörung der Stadträte ist völlig deplatziert

Zu „Illegaler Abriss ärgert die Stadträte“ vom 10. August:

Bei der Beurteilung von Denkmalschutz sind eigentlich, nach selbst gemachten Erfahrungen, sehr viele Gesichtspunkte zu betrachten. Allerdings wird es kompliziert, wenn für eine Grundsatzentscheidung einer kommunalen Verwaltung wiederholt nur noch über Gutachten der normale nüchterne Menschenverstand außer Kraft gesetzt werden sollte. Die Vorgehensweise des zum Sündenbock stilisierten Eigentümers war wohl aus Sicherheitsbedenken, und um ein teures Standsicherheitsgutachten zu vermeiden, die einzig logische und richtige Entscheidung. Vielleicht wurde versäumt, eine Bauvoranfrage über einen Ersatzneubau mit dem Denkmalamt und dem Stadtbauamt abzustimmen.

Die Empörung von Stadtverwaltung und Stadträten insgesamt ist in diesem Falle vollkommen deplatziert, denn gleiche Rechte und Pflichten sind deutlich sichtbar im gesamten Stadtbereich wiederholt nicht erkennbar. Abrissgenehmigung erteilt mit der Vorgabe, dafür ein neues, in die Umgebung sich einfügendes Ersatz-Gebäude zu erstellen: Umsetzung Fehlanzeige. Bebauungspläne sollten alles regeln – aber bei fast allen Beratungen im Bauausschuss werden permanent Befreiungen erteilt. Beispielsweise werden Einfriedungen in allen Bebauungsplänen geregelt, aber das hat Bürgermeister Fendt richtig erkannt mit den Worten: „Da baut jeder, wie er will.“ Kontrolle oder Einschreiten der Stadtverwaltung oder des Landratsamtes: Fehlanzeige.

Josef Butzmann, Weißenhorn